

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 4. Dezember 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 104 Anfrage Bühler-Häfliger Sarah und Mit. über die Auswirkungen der geplanten Kürzungen des Bundes im regionalen Personenverkehr / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 104 wurde auf die Dezember-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Sarah Bühler-Häfliger hält an der Dringlichkeit fest.

Sarah Bühler-Häfliger: Der öffentliche Verkehr (öV) hat für sehr viele Menschen in unserer Region eine wichtige Aufgabe und spielt in der kantonalen Mobilitätsstrategie eine zentrale Rolle. Dies haben unsere beiden Räte mehrfach bekräftigt. Die Politik muss jetzt Eckwerte setzen, damit der öV die wichtigen Aufgaben weiterhin erfüllen kann. Das Anliegen kann nicht aufgeschoben werden, weil der Nationalrat ab dem 7. Dezember 2023 darüber berät, ob die Bundesgelder gekürzt werden, mit denen der öV in den Kantonen unterstützt wird. Für unseren Kanton ist es also von vitalem Interesse, jetzt zu prüfen, welche Möglichkeiten dem Kanton offenstehen, damit sich der öV weiterhin wie geplant entwickeln kann. Die Thematik hat ein hohes politisches Gewicht, auch im Hinblick auf die laufende Planung des Durchgangsbahnhofs Luzern (DBL) mit seinen zuführenden öV-Linien. Die Luzerner Öffentlichkeit hat gerade bei der letzten Abstimmung gezeigt, dass ihr die Förderung aller Mobilitätsformen wichtig ist. Setzen wir jetzt ein Zeichen, um die zukünftige Finanzierung des regionalen Personenverkehrs zu sichern.

Martin Waldis: Den Herausforderungen im Bereich öV wird in Zukunft eine hohe Priorität zukommen, und sie sind unumstritten. Aufgrund der Beratung im Bundesparlament erachtet die SVP-Fraktion die dringliche Behandlung der Anfrage als nicht gegeben. Wir können voll und ganz auf die Leistung und das Wahlversprechen der neu gewählten Nationalräte Hasan Candan und David Roth zählen. Sie werden dieses Kind auf Bundesebene schon schaukeln. Wir sind zuversichtlich, dass sie nur das Beste für unseren Kanton wollen. Aufgrund dieser Zuversicht empfehle ich Ihnen, die dringliche Behandlung der Anfrage abzulehnen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Wir sind uns alle über die Wichtigkeit des öV einig. Für die Behandlung im Bundesparlament verabschieden die Regierung sowie die Regierungskonferenzen zuhanden der National- und Ständeräte jeweils Empfehlungen, was auch im vorliegenden Beispiel der Fall war. Die Schweizerische öV-Direktorenkonferenz hat entschieden, eine Empfehlung zu verabschieden, damit diese Kürzungen nicht erfolgen. Die dringliche Behandlung der vorliegenden Anfrage bringt aber nichts, da die Haltung der Kantone von den National- und Ständeräten vertreten wird. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 85 zu 27 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.